



**Pressemitteilung der Union
Luxembourgeoise des
Consommateurs**



(Lëtzebuenger Konsumenteschutz)

**Die ULC kritisiert die ungenügende Gewährleistung der
Kaufkraft der Verbraucher**

Die in der vergangenen Woche angekündigten Maßnahmen im Anschluss an die Gespräche der Dreierkonferenz sind nach Ansicht der ULC bei weitem nicht ausreichend, um die Kaufkraft der Verbraucher auch nur in etwa zu gewährleisten.

Auch wenn die Indexierung der Löhne, Gehälter, Renten und anderer Sozialleistungen prinzipiell erhalten bleibt, fragt sich die ULC, wann und wie, der, durch die Verschiebung der zweiten Indexranche auf den 1. April nächsten Jahres, entstandene Kaufkraftverlust wieder kompensiert werden soll? Die an sich lächerliche Subventionierung von 7,5 Cents pro Liter auf Benzin, Diesel, Mazout wird bei weitem nicht ausreichen, um die vorangegangenen drastischen Preissteigerungen nur annähernd zu kompensieren. Denn gleichzeitig mit den Beschlüssen sind die Spritpreise, wiederum in nur drei Tagen zweimal in die Höhe geschneit. Eine diesbezügliche Politik, „mit einer Hand geben und mit der anderen Hand zeitgleich wieder wegnehmen“, kritisiert die ULC aufs Heftigste. Weiter moniert die ULC, dass diese Maßnahme nur bis Ende Juli beschränkt bleibt, so dass deren Effekt beim Verbraucher praktisch kaum spürbar sein wird. Die ULC bedauert diese verbraucherfeindliche Politik der Regierung, die eher mit einer reinen Ideologie einhergeht, als den tagtäglichen Sorgen und Nöten der Menschen entgegen zu kommen.

Zwar soll es noch zu weiteren Erleichterungen und Zuschüssen für die einkommensschwachen Haushalte kommen, ins besonders in Bezug auf einen Steuerkredit, wo man die diesbezüglichen Einzelheiten beziehungsweise Beschlüsse abwarten muss.

Nach Ansicht der ULC sind jedoch alle diese Maßnahmen in Anbetracht der zu erwartenden Inflation ungenügend, um die Kaufkraft der Verbraucher in etwa zu erhalten, wo vor allem die während den vergangenen Wochen und Tagen ins Uferlose gestiegenen Energiepreise den Verbrauchern zu schaffen machen.

Daher erinnert die ULC nochmals an ihre Forderungen, wie z.B. eine Erhöhung des steuerlich absetzbaren Beträge, eine Deckelung aller Energiepreise, eine Reduzierung der Akzisen und

der Mehrwertsteuer, sowie die Aussetzung der CO2 Steuer, so wie dies auch in manchen anderen Ländern der EU geschieht. Im Dienstleistungsland Luxemburg sind nicht nur viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch die Betriebe auf ihre Kraftfahrzeuge angewiesen.

Des Weiteren verlangt die ULC ebenfalls weitere steuerliche Maßnahmen sowie eine längstens überfällige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation. Im Übrigen haben derzeit nicht nur die Geringverdiener, die am Existenzminimum leben müssen, sondern inzwischen auch die mittleren Einkommenschichten, Probleme um ihre Rechnungen zu begleichen.

Darum ist die bereits vor Jahren versprochene Steuerreform, die durch die Pandemie ausgesetzt wurde, dringender als je zuvor.

Mitgeteilt von der ULC am 28.03.2022